Abonnementspreis
in der Hauptexpedition oder den im Stadtbezirk und den Vororten errichteten Ausgabestellen abgeholt: vierteljährlich ℳ 4.50, bei zweimaliger täglicher Zustellung ins Haus ℳ 5.50. Durch die Post bezogen für Deutschland und Oesterreich: vierteljährlich ℳ 6.—. Directe tägliche Kreuzbandsendung ins Ausland: monatlich ℳ 9.—

Die Morgen-Ausgabe erscheint täglich ½7 Uhr, die Abend-Ausgabe Wochentags 5 Uhr.

Redaction und Expedition:
Johannesgasse 8.
Die Expedition ist Wochentags ununterbrochen geöffnet von früh 8 bis Abends 7 Uhr.

Filialen:
Otto Klemm's Sortim. (Alfred Hahn), Universitätsstraße 1,
Louis Lösche, Katharinenstr. 14, part. und Königsplatz 7.

Abend-Ausgabe.

Leipziger Tageblatt und Anzeiger.

Organ für Politik, Localgeschichte, Handels- und Geschäftsverkehr.

Insertionspreis
Die 6gespaltene Petitzeile 20 Pfg.
Reclamen unter dem Redactionsstrich (4gespalten) 50 ₰, vor den Familiennachrichten (6gespalten) 40 ₰.
Größere Schriften laut unserem Preisverzeichniß. Tabellarischer und Ziffernsatz nach höherem Tarif.

Extra-Beilagen (gefalzt), nur mit der Morgen-Ausgabe, ohne Postbeförderung ℳ 60.—, mit Postbeförderung ℳ 70.—.

Annahmeschluß für Inserate:
Abend-Ausgabe: Vormittags 10 Uhr.
Morgen-Ausgabe: Nachmittags 4 Uhr.
Sonn- und Festtags früh ½9 Uhr.
Bei den Filialen und Annahmestellen je eine halbe Stunde früher.
Inserate sind stets an die Expedition zu richten.

Druck und Verlag von E. Polz in Leipzig.

№ 503. Sonnabend den 1. October 1892. 86. Jahrgang.

Zur gefälligen Beachtung.

Unsere Expedition ist morgen

Sonntag, den 2. October, Vormittags nur bis ½9 Uhr

geöffnet.

Expedition des Leipziger Tageblattes.

Politische Tagesschau.

* **Leipzig**, 1. October.

Die Ankündigung der „Germania", daß das Jesuitengesetz in der bevorstehenden Reichstagssession zum Gegenstand der Berathung gemacht werden solle, hat nur in der nationalliberalen und der freiconservativen Presse die gebührende Antwort gefunden. Die „freisinnigen", die conservativen und die „freiwillig-gouvernementalen" Blätter erwähnen die Nachricht kaum und finden kein Wort der Abwehr gegen die Bezeichnungen, mit denen das ultramontane Blatt jenes Gesetz belegt. Ein Schluß auf das parlamentarische Schicksal des ultramontanen Antrags läßt sich aus dieser „Toleranz" der freisinnigen, conservativen und officiösen Presse allerdings nicht ziehen, aber es wird nicht überraschen können, weil die ultramontane Presse aus dieser „Toleranz" die Berechtigung zu immer dreisteren Forderungen herleitet. Daß bei diesen Forderungen die größte Inconsequenz zu Tage tritt, und daß von derselben Seite, welche die Verfolgung der Jesuiten als die „größte Schmach des Jahrhunderts" bezeichnet, die Anschwärzung und Verfolgung der Gegner mit der größten Rücksichtslosigkeit betrieben wird, war zu erwarten. Trotzdem wäre es eine Unterlassungssünde, wenn man nicht auf die Beweise der Verfolgungssucht, jener bezeichnendsten Eigenschaft des Klerikalismus, die ihm, sobald er Oberwasser zu haben glaubt, sofort aus allen Poren bricht, hinweisen wollte. So wurde bekanntlich vor einigen Tagen in Düren ein Bismarck-Denkmal enthüllt — beiläufig bemerkt, durchaus ohne tendenziöse Nebenabsichten, denn es ist bereits das Modell zu einem Moltke-Denkmal ebenfalls angefertigt. Diese Feierlichkeit benutzte die „Germania", um die Nichtbestätigung des jüngst in Düren gewählten, dem Centrum unerwünschten Bürgermeisters wie folgt anzuregen:

„Soweit ist die Unverfrorenheit der Dürener Bismärcker mit dem Bürgermeister Werners an der Spitze bereits gestiegen, daß sie Regierungsvertreter zur Enthüllung eines Denkmals des Mannes einzuladen sich herausnehmen, welcher der Regierung Opposition und Schwierigkeiten macht, wo und wie er nur kann, ja gegen den Landesherrn selbst frondirt. Hoffentlich werden diesen „reichstreuen" Männern auch die verdienten Auszeichnungen zu Theil."

Dieser Wink ist ohne Wirkung geblieben; einige Tage später muß das Blatt schmerzlich bewegt berichten:

„Die Wiederwahl des Herrn Bürgermeisters Werners hat, wie verlautet, die landesherrliche Bestätigung erhalten. Er war gegen die Stimmen der zur Centrumspartei gehörigen Stadtverordneten gewählt worden. Wir sagten neulich schon, daß wir eine starke Regierung haben, die auch einen Bismärcker als Bürgermeister in Düren ertragen kann."

Besonders lehrreich dürfte diese Auslassung für den Reichskanzler Grafen Caprivi und seinen Nachfolger an der Spitze des preußischen Ministeriums sein. Es erhellt daraus, was der Klerikalismus außer der Beseitigung des Jesuitengesetzes, einem preußischen Volksschulgesetze nach Muster des Zedlitz'schen und anderen gesetzlichen „Unformen" noch in Bezug auf die Verwaltungspraxis fordert, bevor er sich für befriedigt erklärt.

Charakteristischerweise verwahrt sich die ultramontane Presse in demselben Augenblicke, in dem sie einen neuen Ansturm gegen das Jesuitengesetz ankündigt, abermals gegen den „Verdacht", daß das Centrum auf alle Fälle für die Militairvorlage zu haben sei. Die „Köln. Volksztg." z. B. antwortet auf derartige Unterstellungen mit derbem Hohne:

„Ueber ungelegte Eier wird fleißig weiter gegackert. Das Centrum wird für die Militair-Vorlage stimmen, das gilt manchen Leuten ohne Weiteres als ausgemacht, und nachdem liberale Blätter es versichert haben, glaubt es auch die „öffentliche Meinung". Andere Parteien pflegen sich ihr Urtheil über eine Vorlage vorzubehalten, bis sie dieselbe kennen, und demgemäß wird auch behauptet, die Stellung der Parteien sei noch durchaus unbestimmt, obschon ihre Presse lebhaft gegen die Militair-Vorlage kämpft; denn das, was sie bekämpft, sind unverbürgte Zeitungsangaben. Aber das Centrum ist ja von vornherein entschlossen, blindlings Alles mit Haut und Haar herunterzuwürgen. Zwar verwahrt sich die gesammte Centrumspresse gegen die unchristliche Erhebung der Militair- und Steuerlast, von der in diesen Zeitungsangaben die Rede ist; aber das hat erfahrungsgemäß nichts auf sich. Das Centrum that oft das Gegentheil von dem, was seine Presse wünscht, und da anerkannte Führer erklärt haben, es werde nur das als unbedingt nothwendig Nachgewiesene bewilligen, so ist ausgemacht, daß es Alles bewilligen wird; denn es entscheidet ja darüber, was es als unbedingt nothwendig anerkennen will. Zwar wird sich jeder vernünftige Mensch, und wäre es ein Freisinniger, grundsätzlich auf den Standpunct stellen: was mir als unbedingt nothwendig nachgewiesen wird, werde ich bewilligen. Aber bei anderen Leuten bedeutet das den Vorbehalt, nichts als nothwendig anzuerkennen, beim Centrum dagegen: Alles."

Auch die polnische Presse, die anfangs eine entgegenkommende Haltung der erwarteten Vorlage gegenüber einnahm, schlägt jetzt, nachdem die „Germania" mit einer Preisforderung hervorgetreten ist, einen anderen Ton an. So erklärt der „Goniec Wielki":

„Den Polen stehe nicht frei, die Deutschen im deutschen Patriotismus zu übertreffen; den Polen stehe nicht frei, Geld und Blut für die Macht des großen Deutschlands zu bewilligen, wie dies im Reichstage Dr. von Komierowski sagte; den Polen stehe nicht frei, die bewilligten Gelder mit der ausdrücklichen Bedingung zu geben, daß dies gegen Frankreich erforderlich sei, wie dies in der Commission der Abgeordnete Hektor von Kwilecki sagte; den Polen stehe ferner nicht frei, das Centrum und die Conservativen in allen Ausgaben für die Flotte zu übertreffen, wie das der Abgeordnete v. Koscielski riet."

Jede Bemerkung zu diesen Auslassungen wäre überflüssig.

Die Angaben darüber, ob Herr Liebknecht aus Frankreich ausgewiesen worden ist, sind bekanntlich einander widersprechend. Thatsache ist, daß er vom Gasthof in Lyon bis zur Schweizer Grenze von Polizeibeamten „begleitet" wurde. Worum es sich bei der ganzen Angelegenheit namentlich handelt, das sind die Aeußerungen, welche Liebknecht zu einem Reporter des „Gaulois" gethan hat. Herr Liebknecht erwiderte auf die erste Frage:

„Ich halte den Frieden noch auf lange Zeit hinaus für gesichert, und dies, weil gar kein Zweifel darüber walten kann, daß ein europäischer Krieg mit den Millionen Menschen, die sich daran betheiligen würden, allzu gefährlich, entsetzlich, vernichtend wäre ... Bismarck wäre allerdings im Stande gewesen, den Krieg zu entfesseln (!), aber Kaiser Wilhelm ist friedfertig und Herr von Caprivi ebenfalls. Ich darf wohl so reden, denn Niemand wird mich der übertriebenen Zärtlichkeit für das autokratische und militairische Regiment zeihen. Nur ein absoluter Herrscher, der sich an dem Widerstand seines Volkes nicht zu kehren brauchte, dürfte es wagen, den Krieg zu beschließen, und da giebt es nur einen, den Zaren, welcher — seltsame Ironie — der Verbündete der französischen Republik ist. Ich weiß wohl, daß die Regierungen fortfahren werden, zu rüsten, aber diese Kriegsvorbereitungen heben einander gegenseitig auf und sind beinahe Factoren der Aufrechterhaltung des Friedens."

Was aber, fragte der Reporter des „Gaulois", wenn es dennoch zu einem Conflicte käme?

„Dann wird das Volk, das angriff, verloren sein, der Angreifer geschlagen, zurückgedrängt werden. Die Heere sind heute zu stark, als daß sie gänzlich besiegt, vernichtet werden könnten. Man kann nicht Millionen Menschen tödten, und ich bleibe der Ansicht, die Nation, die sich auf der Defensive hält, werde im Vortheil bleiben. Darum ist es mehr als je nothwendig, daß auf eine allgemeine Abrüstung hingewirkt werde. Europa rennt dem Fallment oder der Revolution, vielleicht beiden entgegen. Frankreich entdeckt eine neue Bevölkerungsmaschine einer Waffe oder Kriegsmaschine; dann entdeckt Deutschland etwas Anderes und so weiter, bis Elend und Hungersnoth eine allgemeine Erschütterung, eine sociale und politische Katastrophe herbeigeführt haben ... Eine Nation, die civilisirt sein will, darf höchstens ein Milizsystem haben, wie z. B. die Schweiz. Das zu predigen, werden wir nicht müde, und wir werden es wohl noch erreichen oder selbst einführen."

Und die elsaß-lothringische Frage?

„Für uns deutsche Socialdemokraten existirt diese Frage gar nicht. Ich habe 1870 gegen die Annexion der beiden Provinzen protestirt und den Krieg gebrandmarkt. Seitdem bin ich nicht anderer Meinung geworden, und so oft sich eine Gelegenheit bietet, drücke ich mich mit der gleichen Aufrichtigkeit und Energie aus wie vor 22 Jahren. Zwischen den socialistischen Frankreich und dem socialistischen Deutschland giebt keine elsaß-lothringische Frage. Wir sind vor Allem revolutionäre Socialisten und Internationalisten. Im Programm der deutschen Socialdemokratie würde Elsaß-Lothringen zur Schweiz geschlagen, und diese würde ihrerseits das große Land der Demokratie, das erträumte Ideal des Socialismus und des Proletariats."

Was würden die deutschen Socialisten im Falle eines Krieges mit Frankreich thun? fragte der „Gaulois"-Reporter.

„Das würde von den Umständen abhängen. So viel ist aber schon sicher, daß die ganze deutsche Socialdemokratie, falls der Angriff von der deutschen Regierung ausginge, sich erheben und die Regierung bekämpfen würde, die ein solches Attentat begangen hätte. Ich selbst würde zum Gewehr greifen und mein Leben für die Vertheidigung des französischen Gebiets, des Landes der Revolutions-Idee, einsetzen."

Wie aber, wenn Frankreich angriffe?

„Sie vergessen, daß ich auch ein wenig Deutscher bin. Es wäre ein wahrer Verrath von mir und allen deutschen Socialisten, wenn wir unser Land nicht gegen fremde Invasion schützten. . . ."

Die letzten Worte scheinen in Frankreich verstimmt zu haben. Man vergißt aber dabei, daß ja Herr Liebknecht die deutsche Abwehr im Jahre 1870/71 für einen deutschen Ueberfall hält und also auch in Zukunft zu gleicher Ansicht kommen würde, wenn Frankreich Deutschland zum Kriege zwänge.

Nach Berichten aus zuverlässiger Quelle aus Pest können die Meldungen als zutreffend bezeichnet werden, nach welchen die in dem am 1. October den Delegationen vorzulegenden Reichsbudget enthaltene Mehrforderung des österreichisch-ungarischen Kriegsministers beiläufig fünf Millionen betragen dürfte. Weiter bestätigt sich, daß es in der Absicht der diesmal in die Delegation gewählten Mitglieder der ungarischen Opposition liege, in der Delegation die Frage der Beziehungen Oesterreich-Ungarns zum Vatican zur Sprache zu bringen.

Wahrscheinlich durch die Genueser Feste angeregt, bei welchen die französische Escadre des Admirals Rieunier Gegenstand sympathischer Kundgebungen seitens der Bevölkerung der alten ligurischen Handels-Metropole war, beginnt die dreibundfeindliche Partei in Italien sich neuerdings zu rühren. Verschiedene Journale erheben, wie aus Rom gemeldet wird, ihre Stimmen gegen die Tripel-Allianz und gegen die Regierung des Königreiches, während gleichzeitig die demokratischen Vereine Versammlungen gegen den Dreibund organisiren. An der Spitze der dreibundfeindlichen Publicistik steht der Mailänder „Secolo", der sich wegen der angeblich zu erwartenden neuen Militairlasten gegen die Tripel-Allianz ausspricht und zu einer allgemeinen Protest-Agitation gegen dieselbe auffordert. Der „Secolo" wird durch die „Patria" unterstützt, die ihre Angriffe gegen Oesterreich wendet, für welches allein, nach der Ansicht dieses Bolognefer Blattes, der Dreibund geschaffen worden wäre. Man muß die dreibundfeindliche Bewegung in Italien mit der bevorstehenden Wahlcampagne in Zusammenhang bringen, um ihre ganze Bedeutungslosigkeit würdigen zu können.

Der schwedische Reichstag ist bekanntlich auf den 17. October zu einer außerordentlichen Tagung einberufen worden. Der König von Schweden hat diese Einberufung durch folgenden „Offenen Brief" verfügt: „Mit Bekümmerniß haben Wir des geringen Fortgangs Zeuge sein müssen, welchen Unsere unablässigen Bemühungen für eine bessere Ordnung der Vertheidigungskräfte des Reichs bis jetzt bei den von so vielen anderen Aufgaben gleichzeitig in Anspruch genommenen ordentlichen Reichstagen haben gewinnen können. Wir halten es daher für Unsere Königliche Pflicht, einen Vorschlag darüber einer Reichsversammlung zugehen zu lassen, wo derselbe ausschließlich Gegenstand der Behandlung sein kann; und es ist Unsere feste Zuversicht, daß die schon allzu lange aufgeschobene Entscheidung einer Frage, welche alle vaterlandsliebenden Männer, wie auseinandergehend auch sonst ihre Ansichten und Denkweise seien, vereinen muß, dadurch endlich zu einer glücklichen Lösung gebracht werde. Derowegen rufen Wir hiermit sämmtliche Mitglieder der beiden Kammern des Reichstags auf Montag, den 17. des nächstkommenden Octobers, zu einem außerordentlichen Reichstag in Stockholm zusammen. Wonach Alle, die es angeht, gehorsam sich zu richten haben. Zur mehreren Gewißheit haben Wir dieses mit eigener Hand unterschrieben und mit Unserem Königlichen Siegel bekräftigen lassen. Stockholm, Schloß, den 23. Sept. 1892."

Ueber die Thätigkeit des belgischen Generals Brialmont in Konstantinopel gelangen jetzt ausführlichere Mittheilungen in die Oeffentlichkeit, welche bestätigen, daß der berühmte Ingenieur einer besonderen Einladung des Sultans folgte, als er die Reise nach Konstantinopel antrat, um dort betreffs wichtiger technischer Probleme zu Rathe gezogen zu werden. Es handelt sich dabei indeß weniger um die Feststellung eines allgemeinen türkischen Landesvertheidigungsplanes, als vielmehr um den Schutz der Meerengen, also um eine Frage, deren Behandlung in Rußland und England mit kaum minder interessirter Spannung verfolgt werden dürfte, als an Ort und Stelle selbst. Ueber die Krupp'schen Geschütze, mit welchen die Batterien des Bosporus und der Dardanellen armirt sind, hat sich der belgische Sachverständige in höchstem Maße anerkennend vernehmen lassen, dagegen hält er die Panzerdeckungen und sonstigen Schutzvorrichtungen der Vertheidigungswerke, sowie die Offensivbeweglichkeit der Küstenbatterien nicht für ausreichend, um eine feindliche Flotte unter allen Umständen an der Erzwingung der Durchfahrt zu hindern. Es gilt für zweifellos, daß General Brialmont, der von früh bis spät ununterbrochen thätig ist und eine staunenswerthe Arbeitskraft entfaltet, mit seinen Plänen und Vorschlägen betreffs einer vollständigen Umgestaltung der Meerengensperre durchdringen werde, zumal da er in den ottomanischen Officierskreisen lebhafte Unterstützung findet. Zwischen ihm und den einheimischen Fachmännern herrscht darin Uebereinstimmung, daß namentlich die Festungswerke des Bosporus völlig unzureichend sind. Im Einzelnen wird von den türkischen Specialisten noch betont, daß gewisse Batterieanlagen an sehr schlecht gewählten Puncten installirt sind, wo sie ihren Vertheidigern verhängnißvoller werden könnten, als etwaigen Angreifern. Besser ist man mit den Dardanellenwerken zufrieden, die nach Vornahme einiger Aenderungen und Ergänzungen allen Anforderungen der modernsten Technik genügen sollen.

„General Brialmont" — schreibt die „Judep. belge" — „der durch das Vertrauen des Sultans beehrt wird, hätte sich natürlich wohl, dasselbe zu verrathen, und so begreift man, wenn er sich nicht auf nähere Darlegung eines Themas einlassen mag, welches eine ungemeine internationale Tragweite besitzt. Jede derartige Kundgebung würde in der That die Türkei bloßstellen und einen lauten Widerhall in ganz Europa, besonders aber in London und St. Petersburg finden. Es ist bekannt, daß die Pforte, um ihre Unabhängigkeit zu wahren, sich bemüht, mit Niemand in Beziehungen zu treten, welche ihr Mißtrauen erwecken könnten. Es ist bekannt, daß sie sich weigert, Rußland das Recht zu gewähren, die Dardanellen zu passiren, um sich in das Schwarze Meer zu begeben, und daß sie Rußland das Recht versagt, seine Kriegsschiffe in das Schwarze Meer zurückkehren zu lassen, um sich in das Mittelmeer zu begeben